

Wohnen darf kein Luxus sein

Michael Müller fordert BlmA-Verkaufsstopp während der Koalitionsverhandlungen

Der Regierende Bürgermeister und Berliner SPD-Landesvorsitzende Michael Müller kritisiert die Immobilienverkäufe des Bundes durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA) scharf.

Die derzeitige BlmA-Höchstpreispolitik sei ein Angriff auf die soziale Stadt, so Müller. Er forderte die zukünftigen Koalitionspartner auf, Schluss damit zu machen und die BlmA im Koalitionsvertrag durch ein faires Vorkaufsrecht der Kommunen endlich zur Unterstützung sozialer Stadtentwicklung zu verpflichten. Während der Koalitionsverhandlungen müssen der BIMA weitere Verkäufe ab sofort verboten werden, um eine Ausverkaufspolitik zum Höchstpreis im Schatten der Koalitionsverhandlungen zu verhindern.

BUND SETZT NACH WIE VOR AUF SPEKULANTEN

Der Senat biete dem Bund bereits seit Jahren an, die Grundstücke und Wohnungen zum Verkehrswert zu kaufen, um somit günstigen Mietraum in der Innenstadt sicherzustellen. Doch der Bund stellt sich quer und setzt auf Spekulanten, statt auf faire Mieten. Dabei hätte Berlin mit dem Dargoner-Areal gezeigt, wie es gehen kann, sagte Müller. Das Dragoner-Areal – ein Gelände an der Ecke Obentrautstraße/Mehringdamm in Kreuzberg – hatte die BlmA ursprünglich zum Höchstpreis an einen



Das Gebäude der BlmA-Direktion in der Berliner Fasanenstraße

Foto: Wikipedia/MB-one

österreichischen Privatinvestor veräußert. Berlin erwirkte einen Verkaufsstopp und erwarb das Kreuzberger Areal im Zuge des Hauptstadtvertrages durch den Tausch mit vier bebauten Kulturgrundstücken im Mai dieses Jahres.

Die Berliner SPD will alle Potenziale nutzen, um bezahlbaren Wohnraum für kleine und mittlere Einkommen überall in der

Stadt realisieren zu können. Der gerade in Entwicklung befindliche Stadtentwicklungsplan Wohnen identifiziert die stadtweiten großen, aber auch kleineren Neubaupotenziale in Baulücken, durch Dachgeschossausbauten, Aufstockungen oder Ergänzungsbauten. Dadurch werden die Grundlagen für den Wohnungsneubau geschaffen. **BS □**

Taskforce für den Tiergarten

Andreas Geisel wirbt für gemeinsame Strategie

Das Problem der Obdachlosen und Kleinkriminellen im Tiergarten muss nachhaltig gelöst werden.

Der Innensenator und stellvertretende Berliner SPD-Landesvorsitzende, Andreas Geisel (Foto), forderte eine nachhaltige und umfassende Lösung des Problems. „Eine Strategie, die nur auf eine verstärkte Polizei-Präsenz und Polizeikontrollen setzt, greift zu kurz“, so Geisel. Er kündigte die Gründung einer Taskforce an und warb für eine gemeinsame Strategie der Senatsverwaltungen für Inneres, Soziales, Gesundheit und Justiz sowie den Bezirken Mitte und Charlottenburg-Wilmersdorf. „Damit sich die Menschen im Park wieder sicher fühlen, müssen wir den Obdachlosen ge-



zielt Hilfsangebote anbieten: etwa die Unterbringung in einer Notübernachtung, oder bei Bedarf eine psychosoziale Betreuung. Nur gemeinsam kann es uns gelingen, die Problematik in den Griff zu bekommen.“

Die Taskforce setzt sich aus Mitarbeitern der Innen- und Justizverwaltung, des Ordnungsamts sowie des Sozial- und Gesundheitsamts zusammen. Im Tiergarten und anderen Berliner Parks campieren seit Jahren immer wieder kleinere und größere Gruppen von Obdachlosen. Zuletzt kamen viele Menschen aus osteuropäischen Ländern wie Polen, Russland und Rumänien. Die Bewohner leben vom Betteln, dem Sammeln von Pfandflaschen oder auch Taschendiebstählen. **BS □**

Aus Fehlern lernen

Mitgliederforum der Berliner SPD zum Ausgang der Bundestagswahl



Mehr als 500 Mitglieder der Berliner SPD – darunter auch viele Neumitglieder – diskutierten und analysierten den Wahlausgang im Atrium des Willy-Brandt-Hauses.

Foto: Christina Bauermeister

Mehr als 500 Mitglieder beobachteten, fragten und diskutierten auf dem Mitgliederforum der Berliner SPD nur wenige Tage nach der Bundestagswahl.

„Ich finde, den schönsten Satz, den ich heute Abend gehört habe, stammt von einer Genossin, die das Helmut-Schmidt-Mantra ‚Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen‘ umformulierte in einen neuen Anspruch ‚Wer Versionen hat, sollte in die SPD eintreten‘. So fasste der stellvertretende Berliner SPD-Landesvorsitzende Mark Rackles die Diskussion zusammen. Zweieinhalb Stunden hatten die SPD-Mitglieder im Atrium des Willy-Brandt-Hauses die Lage der Partei nach der verlorenen Bundestagswahl debattiert und analysiert.

Eingangs hatte der Berliner SPD-Landesvorsitzende und Regierende Bürgermeister Michael Müller deutlich gemacht, dass sich die strukturellen Probleme der SPD in den Ländern über Jahre aufgebaut hätten. Besonders alarmierend seien die Zustimmungsverluste in den Metropolen bei dieser Wahl, da die Städte eigentlich Hochburgen für die SPD sind. Im Hinblick auf künftige Koalitionsoptionen sagte Müller, dass man sich wohl an Dreier-Koalitionen ge-

wöhnen müsse. Zudem sei es ein strategischer Fehler gewesen, nicht schon früher ein rot-rot-grünes Bündnis im Bund auszuloten. Rot-Rot-Grün in Berlin ist somit eine wichtige Referenz für den Bund, so Müller.

Eva Högl, die bei der Bundestagswahl ihren Wahlkreis Berlin-Mitte zum dritten Mal nacheinander direkt gewonnen hat, lenkte den Blick auf die europäischen Nachbarländer, in denen die sozialdemokratischen Parteien zum Teil dramatisch an Zustimmung eingebüßt hätten wie etwa in Frankreich, den Niederlanden oder auch in Italien. Es gebe keine Garantie dafür, dass es die SPD dauerhaft gebe, mahnte Högl.

Ein emotionaler Appell kam vom App-Entwickler Immanuel Scheerer. Der 35-Jährige berichtete von einem Social-Media-Projekt seiner Firma, bei dem das Themen-Setting auf der Plattform „Twitter“ über einen längeren Zeitraum hinweg analysiert wurde. Das habe Spaß gemacht, sagt Scheerer, „bis vor zwei Jahren nur noch die AfD die Themen beherrschte“.

Dies stimme ihn besonders nachdenklich, da vor Kurzem seine Oma gestorben sei, die den Holocaust noch selbst miterleben musste. Dieser völligen Veränderung in den

Kommunikationsmedien müsse die SPD mit einer Social-Media-Strategie begegnen, die der AfD Paroli biete.

Auch Andrew Walde aus Neukölln forderte von seiner Partei neue digitale Wege. Der Anfang könne die Entwicklung einer SPD-Mitmach-App sein.

Von vielen Mitgliedern wurde bedauert, dass Martin Schulz im Wahlkampf nicht als großer Europäer aufgetreten ist, sondern in der Kampagne vor allem zum Bürgermeister der Stadt Würselen gemacht wurde.

Einige Genossinnen und Genossen beklagten, dass sowohl das Renten- als auch das Steuerkonzept zu detailliert und zu durchgerechnet gewesen seien. An den Infoständen hätten die Leute den Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern oftmals ihr Gefühl geschildert, dass der Staat und die Parteien nicht mehr für sie da seien. Viele Menschen fühlten sich mit ihren Problemen schichtweg allein gelassen.

Jessika Wischmeier, Abteilungsleiterin im Willy-Brandt-Haus, kündigte an, dass es bis zum Bundesparteitag im Dezember noch mehrere Regionalkonferenzen geben werde. Die Regionalkonferenz für Berlin wird am 12. November im Mercure-Hotel Moa (siehe auch Seite 15) stattfinden.

„Wer Visionen hat,
sollte in die SPD
eintreten“

C. Bauermeister □

Verantwortungsvoller Umgang

Michael Müller über das weitere Vorgehen des Senats mit dem Tegel-Volksentscheid



Michael Müller: „Für die Entwicklung der Stadt, für den Flughafen BER und vor allem für die 300.000 von Fluglärm Betroffenen, die sich auf das Schließungs-Versprechen der Politik seit 20 Jahren verlassen haben – für diese 300.000 Menschen bleibt der 24. September ein bitterer Tag.“

Foto: SPD Berlin / Jan Kopetzky

Nach dem Volksentscheid zum Flughafen Tegel geht es darum, den Willen der Wählerinnen und Wähler umzusetzen. Dabei hat sich die rechtliche Situation nach dem 24. September nicht geändert. Jetzt muss geprüft werden.

Nach dem Tegel-Volksentscheid geht es nicht um Sieg oder Niederlage. Vielmehr muss jetzt eine schwierige Sachfrage bewertet werden, die beim Tegel-Volksentscheid am 24. September nicht final entschieden werden konnte. Aber es wurde auf jeden Fall zum Umgang mit dem Flughafen Tegel eine Richtung vorgegeben.

Dabei hat zwar fast eine Million Berliner den Senat aufgefordert, den Flughafen Tegel offen zu halten. Aber zugleich will fast eine dreiviertel Million Berliner genau das Gegenteil.

Und fast zwei Millionen Berlinerinnen und Berliner haben an der Abstimmung nicht teilgenommen – weil sie nicht wollten, zu jung waren oder keine deutsche Staatsangehörigkeit haben.

Ich bleibe dabei: Für die Entwicklung der Stadt, für den Flughafen BER und vor allem für die 300.000 von Fluglärm Betroffenen,

die sich auf das Schließungs-Versprechen der Politik seit 20 Jahren verlassen haben – für diese 300.000 Menschen bleibt der 24. September ein bitterer Tag.

Sätze wie „Das Volk hat entschieden.“ verhalten sich einfach. Doch es ist etwas komplizierter, als manche wahrhaben wollen.

Aber: Mehrheit ist Mehrheit.

Und der Senat hat eine Verantwortung gegenüber dem Ergebnis des Volksentscheides. Aber er hat auch eine Verantwortung für alle Menschen in dieser Stadt und für eine zukunftsfähige Entwicklung Berlins.

Die rot-rot-grüne Koalition ist sich ihrer Gesamtverantwortung bewusst. Und natürlich wissen wir, wie wichtig die direkte Demokratie ist. Denn Rot-Rot hat genau diese Instrumente damals gegen den erbitterten Widerstand der CDU eingeführt.

Aber die Instrumente der direkten Demokratie machen

ja auch ganz bewusst Unterscheidungen möglich. Denn nur so kann es das beabsichtigte konstruktive Zusammenspiel zwischen direkter und parlamentarischer Demokratie geben.

Der Gesetzgeber hat aus gutem Grund entschieden, dass es für Parlament und Regierung nicht bindende Volksentscheide gibt – wie den von der FDP bewusst allgemein und emotional gehaltenen zu Tegel. Und es gibt bindende Volksentscheide wie den Gesetzesentwurf zum Tempelhofer Feld vor gut drei Jahren.

Auch das muss eine Rolle spielen, wenn man sich mit dem Verhältnis zwischen repräsentativer und direkter Demokratie auseinandersetzt.

Denn wir müssen verantwortungsvoll mit dem Instrument Volksentscheid umgehen. Und wir müssen Volksentscheide vor allem da lassen, wo sie hingehören – beim Volk.

ES DROHEN VERDRUSS UND DEMOKRATIEMÜDIGKEIT

Ins Parlament gewählte Parteien hingegen müssen sich selbst ernst nehmen und ihren politischen Gestaltungswillen im Abgeordnetenhaus im Ringen zwischen Koalitions- und Oppositionsparteien darstellen.

Wer aber wie CDU und FDP mit ihrer Rolle allzu kreativ und machtpolitisch umgeht und je nach Gusto parlamentarisch oder außerparlamentarisch arbeitet, der muss sich am Ende nicht wundern, wenn klare Grenzen des demokratischen Systems

„Natürlich wissen wir, wie wichtig direkte Demokratie ist“



Nach dem emotional geführten Auseinandersetzung um Tegel in den vergangenen Wochen wirbt der Senat für Ernsthaftigkeit und Sachlichkeit in der Prüfung um eine Offenhaltung des Flughafens.

Foto: Adobe Stock/Katja Xenikis

auch von anderen nicht mehr akzeptiert werden.

Am Ende droht Verdruss und Demokratiemüdigkeit. Davon profitieren nur die Feinde der Demokratie, die am 24. September mit mehr als 12 Prozent in den Deutschen Bundestag eingezogen sind.

Und es muss auch Schluss damit sein, jeden Volksentscheid gleich zur Existenzfrage zu erklären. Denn es geht bei Volksentscheiden wie bei dem zu Tegel um Sachfragen. Wer immer wieder versucht, aus jedem verlorenen Volksentscheid politische Rücktritte oder gar Neuwahlen abzuleiten, der riskiert die Stabilität unserer Stadt und unserer Demokratie.

Auch das muss man vom Ende her denken. Was bedeutet denn das im Ergebnis? Jedes Jahr ein Volksentscheid. Und wenn ihn die Regierung verliert, muss sie gehen ...

Wer das immer wieder fordert, der sollte Nachhilfe in Sachen Volksentscheid in der Schweiz nehmen! Dort ist die Regierung gerade mit ihrem Rentenkonzept gescheitert. Sie wird sich dem verantwortungsvoll stellen, denn Volksabstimmungen sind ein gelerntes Element der schweizerischen Demokratie. Regierungskrisen und Neuwahlen rufen sie aus gutem Grund nicht hervor.

Mit Volksentscheiden muss man verantwortungsvoll umgehen. Der Tegel-Volksentscheid braucht mit seiner Vorgeschichte

und den stark emotional – und deshalb zu selten sachlich – geführten Diskussionen jetzt eine Phase der Besinnung und Orientierung. Wir müssen den weiteren Weg versachlichen. Dabei ist die grundsätzliche Situation rechtlich und politisch keine andere als vor dem 24. September.

WEITEREN WEG VERSACHLICHEN

Aber da sich die Koalition der direkten Demokratie verpflichtet sieht, wird sie den Prüfauftrag gewissenhaft erfüllen. Wir müssen uns jetzt intensiv mit den Möglichkeiten der Offenhaltung auseinandersetzen.

Dabei muss uns aber allen klar sein, was das für die Stadt bedeutet: Auch in Zukunft werden wir mit dem Risiko eines Flugzeugunglücks mitten in der Stadt genauso leben müssen wie mit Kerosinabgaswolken und einem hohen gesundheitsgefährdenden Lärmpegel für hunderttausende Menschen.

Wir werden jetzt prüfen müssen, wo wir die 9.000 Wohnungen bauen können, die bei einer Offenhaltung nicht mehr auf dem Tegel-Gelände entstehen können.

Ja, da müssen wir über die Elisabethaue reden, aber das allein wird nicht reichen. Klar ist, wir brauchen dringend Wohnungsneubau zur Entlastung der Mietentwicklung und für die tausenden Menschen, die weiterhin zu uns kommen

und den wirtschaftlichen Erfolg mittragen.

Wir müssen klären, wo bei einer Offenhaltung von Tegel die Industrie- und Gewerbebearbeitungsplätze entstehen können, die den wachsenden Wohlstand unserer Stadt mittragen und viele tausend Arbeitsplätze schaffen. Und auch das muss uns klar sein: Geeignete Flächen werden in der Konkurrenz von Wohnungsbau und Gewerbe immer seltener.

Und wir müssen eine andere Lösung für die Beuth-Hochschule finden. Die zukunfts-trächtige Vernetzung der Wissenschaft mit Forschung und Produktion wäre so wie in Tegel bei einer Offenhaltung endgültig als Chance vertan ebenso wie ein neues Quartier mit der Berliner Mischung aus Lernen, Arbeiten, Wohnen und Erholen.

Darüber hinaus muss die Fertigstellung und Eröffnung des BER rechtssicher und ohne finanzielle Risiken gewährleistet werden.

Der Masterplan 2040 zeigt, dass der BER der Flughafen sein wird, der zukünftig alle Flugbewegungen und -gäste gut, komfortabel und sicher bewältigen kann. Der BER wird nicht zu klein sein! Das Konzept des Single-Airports ist richtig. Die Fertigstellung darf nicht gefährdet werden.

Derweil werden vermutlich die vom BUND, Pankower Anwohnern und anderen angedrohten Klagen gegen die Tegel-Offenhaltung ebenfalls vorbereitet werden. Wir werden uns also auch schnell damit rechtlich auseinandersetzen müssen. Und abschließend wird es um viel Geld gehen für Lärmschutz, Gebäudesanierung und eventuell sogar Entschädigungen, wenn wir uns

**Wir brauchen eine
transparente und
politisch
verantwortliche
Risikoabschätzung
für die Offenhaltung
Tegels**

die Offenhaltung des Flughafens Tegel leisten wollen.

Für die Konsequenzen der Offenhaltung des Flughafens Tegel müssen wir im weiteren Prozess eine transparente und politisch verantwortliche Risikoabschätzung vornehmen.

GESTALTUNG ERST EINMAL ZURÜCKSTELLEN

Es geht der rot-rot-grünen Regierungskoalition auch weiterhin um die wichtigen politischen Fragen der Zukunft dieser Stadt. Und auch um deren Glaubwürdigkeit als moderner, wirtschaftlich prosperierender und zukunftssträchtiger Ort. Das alles sollte sich in der Nachnutzung widerspiegeln. Bezahlbare Wohnungen, zusätzliche Plätze für die Studierenden der Beuth-Hochschule und vor allem viel Raum für die Entwicklung und Produktion von Zukunftstechnologien. Wir müssen diese Entwicklung jetzt erst einmal zurückstellen.

Denn natürlich wissen wir: Zukunft gestalten geht nur gemeinsam mit den Menschen, weshalb wir mit dem Ergebnis des Volksentscheides sorgsam und verantwortungsvoll umgehen wollen.

Die dabei zu behandelnden Fragestellungen sind kompliziert und vielfältig:

- ▶ Wie kann der doppelte Flugbetrieb sicher gestaltet werden?
- ▶ Was bedeutet das für den Lärmschutz rund um Tegel?
- ▶ Welche Kosten sind zu erwarten und können wie aufgebracht werden?
- ▶ Gibt es nach EU-Recht beihilferechtliche Probleme, sofern der BER nicht Singlestandort wird?
- ▶ Wie kann der Widerruf vom Widerruf erfolgen?
- ▶ Welche planungsrechtlichen Schritte sind ein zuleiten, wenn Tegel offen bleibt und gegebenenfalls neu genehmigt werden muss?
- ▶ Wie gehen wir mit der gemeinsamen Landesplanung um?
- ▶ Wie gestaltet sich ein rechtssicherer Weg zur Offenhaltung?
- ▶ Welche Entschädigungen sind zu erwarten?
- ▶ Was bedeutet das für die BER-Flugrouten und den Lärmschutz an den beiden Standorten?
- ▶ Von welchen Zeithorizonten reden wir hier überhaupt unter Berücksichtigung von angekündigten Klagen?

Und das sind nur die wichtigsten der auf uns zukommenden Fragestellungen. Das zeigt, über welche komplizierten Sachver-

halte hier auf Grundlage eines schmalen Dreizeilers abgestimmt wurde, der ja am Ende eher als FDP-Konjunkturprogramm angelegt war. Natürlich könnte das Abgeordnetenhaus einen Sonderausschuss gründen, der sich mit der Frage der Offenhaltung des Flughafens Tegel auseinandersetzt und einen rechtssicheren Weg prüft. Da es sich um einen nicht bindenden Volksentscheid handelt, wäre das demokratietheoretisch ein plausibler Weg.

Wir glauben allerdings, dass nach den emotional geführten Auseinandersetzungen der vergangenen Wochen erst einmal ein anderer Weg nötig ist, um für Vertrauen in den Prozess und unsere Ernsthaftigkeit bei der Prüfung einer möglichen Offenhaltung zu sorgen.

UNABHÄNGIG ERARBEITETE FAKTEN

Wir müssen durch eine unabhängige Prüfung die Menschen davon überzeugen, dass die vorgebrachten Argumente der letzten Monate nicht interessengeleitet waren, sondern rechtlicher, finanzieller Natur und zwischen den Ländern Berlin, Brandenburg und dem Bund getroffener Vereinbarungen und Verträgen entspringen.

Wir haben deshalb am 10. Oktober im Senat beschlossen, zur Prüfung einer möglichen Offenhaltung des Flughafens Tegel folgende Schritte zu gehen:

Erstens: Der erste, bereits 48 Stunden nach dem Volksentscheid erfolgte Schritt, war die schriftliche Frage an die beiden weiteren Anteilseigner Brandenburg und den Bund, ob sie ihre Einstellung gegenüber dem Konzept des Singlestandortes BER und der damit verbundenen Schließung von Tegel angesichts des Berliner Volksentscheides überdenken. Wir werden zur weiteren Klärung zeitnah eine BER-Gesellschafterversammlung beantragen, um die möglichen Folgen des Volksentscheides mit Brandenburg und dem Bund zu erörtern.

Zweitens: Anfang November wird die Gemeinsame Landesplanungskonferenz der Länder Berlin und Brandenburg (Plako) stattfinden, um den für die Entwicklung der Region und den weiteren wirtschaftlichen Erfolg wichtigen Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion mit dem zweiten Vorentwurf weiter bearbeiten zu können. Dabei wird klargestellt, dass es seitens Berlins im Rahmen des Volksentscheides zu einer veränderten Einschätzung einzelner Aspekte kommen kann.

Drittens: Alle Senatsverwaltungen werden gebeten, kurzfristig Stellungnahmen zu den jeweils von Ihnen gesehenen Folgen einer Offenhaltung abzugeben.

Viertens: Mit dem früheren Bundesverwaltungsrichter und Verkehrsexperten Stefan Paetow wird eine neutrale Persönlichkeit diese Stellungnahmen in einem unabhängigen Begutachterverfahren einer eigenen Bewertung unterziehen. Dafür stellt der Senat der Persönlichkeit alle notwendigen Ressourcen zur Verfügung und die Persönlichkeit bestimmt den Weg und die Mittel dieser Prüfung.

Fünftens: Die Bewertung des unabhängigen Begutachterverfahrens wird den Fraktionen zur Stellungnahme vorgelegt.

Sechstens: Aus der Stellungnahme des unabhängigen Begutachterverfahrens und der Fraktionen wird der Senat eine Beschlussfassung für das Abgeordnetenhaus erarbeiten.

Siebtens: Abschließend muss das Abgeordnetenhaus auf der Grundlage der Senats-Beschlussfassung entscheiden, wie mit dem Ergebnis des Volksentscheides weiter umgegangen wird.

Mit diesem Verfahren geht es uns jetzt darum, gemeinsam und verantwortungsvoll an der guten Zukunft dieser Stadt zu arbeiten.

Der Senat ist weiterhin der Meinung, dass die Offenhaltung des Flughafens Tegel rechtlich schwierig bis unmöglich und darüber hinaus der falsche Weg für die Zukunft dieser Stadt ist.

Auch müssen die Anwohnerinnen und Anwohner rund um den Flughafen Tegel, die jahrzehntelang auf die Schließungsabsicht der Politik vertraut haben, genauso wie wir den erfolgreichen Volksentscheid vom 24. September und die daraus resultierenden Konsequenzen akzeptieren. Sie sollten sich aber in den weiteren Prozess aktiv einmischen und ihn so mitgestalten.

Um Vertrauen in den weiteren Prozess zu schaffen, liegt die Klärung dieser Fragen in den Händen des unabhängigen Begutachterverfahrens.

Wenn alle unabhängig bewerteten Fakten auf dem Tisch liegen, dann wird sich das Parlament erneut mit der Frage beschäftigen und eine Entscheidung zur Umsetzung fällen müssen.

Dabei wird auch zu entscheiden sein, wie die spannendste europäische Metropole weiter auf ihrem guten Weg gehalten werden kann. Für ein gerechtes und auskömmliches Leben aller Berlinerinnen und Berliner.

Michael Müller □

Abstimmung komplizierter Sachverhalte auf Basis eines Dreizeilers

FRAKTION INTERN

AKTUELLE STADTTEILTAGE

Die 38 Abgeordneten der SPD-Fraktion laden regelmäßig zu Stadtteiltagen in den Berliner Kiezen ein.

Hier die aktuellen Termine:

7. November: Karin Korte in der Gropiusstadt in Neukölln sowie Dr. Clara West gemeinsam mit Tino Schopf in Pankow, Schwerpunkt Verkehrssituation Greifswalder Str./Berliner Allee;

8. November: Tino Schopf in Prenzlauer Berg Ost und Weißensee sowie Andreas Geisel in Lichtenberg.

Weitere Stadtteiltage:

17. November Andreas Kugler

21. November Tino Schopf

22. November Ülker Radziwill

24. November Derya Çağlar

1. Dezember Bettina Domer

7. Dezember Sven Kohlmeier

HAUSHALTSBERATUNGEN

Im Berliner Abgeordnetenhaus wird derzeit der **Doppelhaushalt des Landes Berlin 2018/19** beraten. Die Mitglieder der Koalitionsfraktionen von SPD, Linke und Grüne setzen dabei wichtige Schwerpunkte. Dazu gehören mehr Mittel für Wohnungsneubau und für die Beratung von Mieterinnen und Mietern. Jugendliche an Brennpunktschulen werden beim Übergang in Ausbildung und Beruf noch intensiver unterstützt. Wir wollen einen effektiven Rechtsstaat und schaffen deshalb mehr Stellen bei den Berliner Strafverfolgungsbehörden. Die Pressefreiheit und der kritische Journalismus werden gestärkt, wie auch die politische Bildungsarbeit und Demokratiebildung. Die Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wird weiter ausgebaut. Zwischen Wissenschaft und Wirtschaft soll es künftig eine noch bessere Vernetzung geben. Der Breiten- und Leistungssport erhält deutlich mehr Mittel.

Der Haushalt wird im federführenden Hauptausschuss und in den Fachausschüssen beraten. Die abschließende Beschlussfassung im Plenum ist in der Sitzung am **14. Dezember 2017** geplant.

Weitere Informationen unter: www.spdfraktion-berlin.de/pressemitteilungen. cs □

Historische Chance

Interview mit dem Pankower Neumitglied Bastian Buch

Seit dem Wahlabend der Bundestagswahl gibt es wieder sehr viele Eintritte in die SPD. Allein in Berlin sind in den Tagen nach der Wahl mehr als 380 Menschen der SPD beigetreten. Einer von ihnen ist der 35-jährige Bastian Buch aus Pankow. Bastian arbeitet bei einem Berliner Startup-Unternehmen, ist Familienvater von zwei Söhnen und unterstützt seit zwei Jahren einen jungen Flüchtling aus Afghanistan dabei, hier eine Ausbildung zu bekommen und ein eigenes Leben aufzubauen.

Lieber Bastian, herzlich willkommen in der Berliner SPD. Warum bist du gerade jetzt in die Partei eingetreten?

Bastian Buch: Ich habe den Gedanken lange mit mir herum getragen, weil ich nicht nur wählen, mich beklagen und zuschauen will. Da ich als engagierter Vater und Führungskraft sehr eingebunden bin, habe ich diesen Schritt nicht gewagt. Jetzt allerdings – mit dem Aufkommen der AfD und den großen Verlusten bei der SPD – sehe ich eine historische Chance, mit der SPD eine Transition hinzubekommen. Da will ich dabei sein, gern unterstützen und aktiv mitgestalten. Vielleicht ja als Digitalminister 2021 ;-)

Für welches Thema bzw. Anliegen willst du dich engagieren?

Aus meinem beruflichen Kontext heraus sind Digitalisierung, Start-ups und Wachstum meine Steckenpferde.

Das Thema Identität, (Multi-)Kultur ist mir eine Herzensangelegenheit. Insbesondere durch meine Zeit und meine Kontakte in Singapur sehe ich, dass dort einiges sehr richtig gemacht wird, was wir hier (in Deutschland und Berlin) grundsätzlich falsch angehen. Dort sehen die Leute es als Teil ihrer Identität, mit mindestens fünf Ethnien und allen Religionen der Welt friedlich und brüderlich zusammenzuleben. Es gibt einen auf Vielfalt und Optimismus aufgebauten, positiven inklusiven Nationalstolz. Ich glaube, diese Säule brauchen wir auch wieder in Europa. Und dann noch etwas Grundsätzliches dazu, wie Politik heute funktioniert: Ich glaube, man kann



Foto: Privat

sich hier eine Menge aus der Wirtschaft abschauen: Projekte agiler, offener gestalten. Kommunikation auf Partizipation und Empowerment auslegen, Entscheidungen „Data Driven“ und interaktiv treffen, Bildung moderner, individualisierter und auf Stärken ausgerichtet gestalten etc.

Was sollte sich deiner Meinung nach in der SPD verändern?

Vieles von dem, was ich denke, habe ich schon beschrieben. Die SPD muss sich grundsätzlich neu ausrichten, ohne ihre Kernwerte zu verlassen. Dies darf nicht nur ein

Anstrich sein, sondern muss zutiefst eingebaut werden in die Art, wie sie sich darstellt, einbringt und wie ihre Mitglieder und Akteure denken.

„Die SPD muss sich grundsätzlich neu ausrichten, ohne ihre Kernwerte zu verlassen“

Fragen: C. Bauermeister □

Zeit für Erneuerung

Drei Thesen zum Bundestagswahlergebnis 2017

Das historisch schlechte SPD-Wahlergebnis bei der Bundestagswahl ist leider kein Ausreißer. Die SPD befindet sich auf Bundesebene seit über zehn Jahren im kontinuierlichen Sinkflug. Sie braucht eine politische und personelle Erneuerung, die bereits nach der verheerenden Wahl Niederlage 2009 (minus 11 Prozent) versäumt und auch 2013 nach dem schwachen Ergebnis durch den erneuten Gang in die Große Koalition verschleppt wurde. Für die ausstehende Analyse halte ich drei Punkte für diskussionswürdig:

Erstens: Die Wahl der AfD ist ein klares Indiz für ein starkes Bedürfnis größerer Wählergruppen, ihre ausländerskeptischen bzw. –feindlichen Einstellungen zu artikulieren. Es gibt daher enge Grenzen, um dieses WählerInnenreservoirs für uns zu erschließen. Richtig ist zwar, dass man nicht pauschal alle AfD-WählerInnen als Rechts-extreme abstempeln und gesellschaftlich isolieren kann und darf; richtig ist aber auch, dass wir einen dauerhaften Bodensatz an Antisemiten und Rechtsextremen in der Gesellschaft haben und eine differenzierte Ansprache der ggf. verirrtten AfD-WählerInnen kaum erfolgsversprechend ist.

Zudem kann die SPD sich kaum als wahrnehmbar linke Volkspartei positionieren und zugleich im rechtspopulistischen Gewässer nach vereinzelt AfD-WählerInnen fischen. Wir sollten besser demokratische Gegenstrategien entwickeln als zu versuchen, vermeintlich verirrtte Rechtspopulisten zurückzugewinnen.

Zweitens: Die Sozialdemokratie war immer stark, wenn ihr die glaubwürdige Definition der verbindenden Vision gelungen ist, in der sich die Gesellschaft und die Mehrheit ihrer Mitglieder wiederfinden konnten (z.B. Aufstieg durch Bildung, Mehr Demokratie wagen, Ostpolitik). Diese Vision ist seit geraumer Zeit nicht mehr in der notwendigen Schärfe erkennbar. Seit dem Bruch mit dem Markenkern der SPD (Agenda 2010) wird das programmatische Vakuum durch das Aufgreifen und Umsetzen der richtigen Anliegen wichtiger Teilgruppen der Gesellschaft gefüllt. Man könnte jedoch in zugespitzter Form hinterfragen, ob die Aneinanderreihung von Einzelinteressen zwangsläufig in eine Mehrheitsfähigkeit mündet. Die offen-

„Die SPD war immer stark, wenn ihr die glaubwürdige Definition der verbindenden Vision gelungen ist“



Mark Rackles: „Wir sollten besser demokratische Gegenstrategien entwickeln als zu versuchen, vermeintlich verirrtte Rechtspopulisten zurückzugewinnen.“

Foto:SPD Berlin/Joachim Gern

bare Distanz zwischen SPD und ihrer potentiellen WählerInnen sollte in einer Analyse münden, ob wir mit unserer Sprache, unserer Haltung und unserem Themenfokus anschlussfähig sind.

Anschlussfähigkeit bedeutet dabei, anschlussfähig zu sein an eine mehrheitsfähige Mitte. Wir sind als SPD überzeugend, wenn wir in den Themenfeldern, die für alle BürgerInnen von Alltagsrelevanz sind, über den Status quo hinausweisen – wie etwa durch umfassende Steuer-, Sozial- oder Pfleregereformen.

Drittens: Die Mehrheitsfähigkeit der gesellschaftlichen Linken wird durch die Doppelung von Strukturen, Inhalten und Zielgruppen zwischen SPD und Linkspartei dauerhaft gefährdet. Die Überwindung dieser Doppelungen im sozialdemokratisch bis linkssozialistischen Milieu sollte zumindest mit dem Willen zur Veränderung angegangen werden. Wir müssen

deshalb kurzfristig die Hürden abbauen, die einer gemeinsamen Regierungsarbeit auf Bundesebene entgegenstehen (insb. Außen-/ Sicherheitspolitik, Sozial- und Steuerpolitik). In einem weiteren Schritt sollten beide Parteien darüber nachdenken, dass ihre dauerhafte Konkurrenz einem lachenden Dritten (der CDU) zugute kommt. Von den 49 Wahlkreisen in den ostdeutschen Ländern (ohne Berlin) wurden 45 von der CDU gewonnen, obwohl von diesen in 29 Fällen eine Mehrheit der Wähler/innen SPD und Linkspartei gewählt hat. Verkürzt: Eine potentielle rot-rote Mehrheit kann sich strukturell wiederholt nicht realisieren.

Dieser Befund muss in einer zukünftigen SPD-Strategie in den ostdeutschen Ländern niederschlagen. Dabei sollte ohne Tabus auch über organisationspolitische Schlussfolgerungen wie z.B. regional differenzierte Kooperationen und/oder Absprachen in der Konkurrenz um Direktmandate nachgedacht werden können. □

Mark Rackles ist stellvertretender Landesvorsitzender der Berliner SPD und seit 2011 Staatssekretär für den Bereich Bildung.

Gefahr einer schleichenden Weimarisierung

Warum es richtig ist, jetzt in die Opposition zu gehen



Fritz Felgentreu: Ohne die klassische Rollenverteilung zwischen CDU und SPD droht der Bundesrepublik eine schleichende Weimarisierung.

Foto: Hans-Christian Plambeck

Opposition ist Mist – das geflügelte Wort Franz Münteferings unterschreibe ich aus vollem Herzen. Wer einen politischen Gestaltungsanspruch hat, dem ist der Wartestand, das Schreiben von Konzepten fürs Archiv, das folgenlose Fragenstellen zuwider. Zumal eine Partei wie die SPD, die ja tatsächlich immer in die Verantwortung strebt, ihre Forderungen nicht frei von der Erwägung vortragen darf, ob sie auch irgendwann einmal umsetzbar sein könnten. Das unterscheidet uns von den Linken, die zumindest auf Bundesebene (aber nicht nur dort) nach wie vor und mit Erfolg einen linkspopulistischen Ansatz verfolgen, weil sie die Beteiligung an einer Regierung bisher nicht ernsthaft in Betracht zieht. Auch in der Opposition noch staatstragend sein zu müssen – ein langweiliges Geschäft.

Wir könnten auch jetzt in der Regierung wieder viel Gutes bewirken für die Menschen, die uns ihr Vertrauen geschenkt haben. Denn unsere Wahlkampfziele waren doch alle gut und richtig: bundespolitische Verantwortung und mehr Geld für die Bildung, die Bürgerversicherung, die familien- und arbeitnehmerfreundliche Steuerreform, das Rentenkonzept, mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau und eine Verschärfung der Mietpreisbremse – für all das habe ich aus voller Überzeugung Wahlkampf gemacht. Wie schön wäre es jetzt, die Pläne in die Tat umzusetzen! In anderen Situationen habe ich deswegen auch stets mit dem Satz: „Erst

das Land, dann die Partei“, für eine Regierungsbeteiligung der SPD argumentiert.

Ich habe die vorhersehbare Wahlniederlage in der Zukunft in Kauf genommen, um in der Gegenwart Verantwortung zu übernehmen und mitgestalten zu können. Heute führt mich derselbe Grundsatz zum gegenteiligen Ergebnis. Eine Sehnsucht nach der Opposition, wie ich sie in Teilen der Sozialdemokratie beobachte, empfinde ich nicht, im Gegenteil. Ich halte auch die Analyse, die Große Koalition sei „abgewählt“, für mindestens verkürzt – denn eine parlamentarische Mehrheit hätte sie weiterhin. Und trotzdem ist es die Aufgabe der SPD, sich nach der Wahl zum 19. Deutschen Bundestag jeder Regierungsbeteiligung zu verweigern.

Mehrheit für die Staatstragenden Parteien bewahren

Der Bundesrepublik droht eine schleichende Weimarisierung. Im Land Sachsen-Anhalt ist sie bereits eingetreten: Die staatstragenden Parteien verfügen gegenüber den deutschnationalen und linkspopulistischen Kräften im Landtag, gegen die sie sich zusammengeschlossen haben, nur noch über eine schmale Mehrheit. Die Gefahr ist groß, dass sie nach den nächsten Wahlen selbst dazu zu schwach sein werden. Auch die Bundespolitik ist davor nicht mehr gefeit: Im Bundestag wird es zum ersten Mal seit den frühen fünfziger Jahren wieder eine deutschnationale

Fraktion geben – eine unmittelbare Folge des administrativen und politischen, wenn auch nicht moralischen Versagens der Großen Koalition in der Flüchtlingskrise vor zwei Jahren. Eine neue Große Koalition wäre deshalb erstens nicht mehr groß, zweitens träte sie ohne jeden Vertrauensvorschuss an und drittens könnte sie aller Wahrscheinlichkeit nach bei den nächsten Bundestagswahlen nicht einmal ihre Mehrheit behaupten.

Obwohl die Lage also denkbar schlecht und gefährlich geworden ist, ist der freien Republik der größte anzunehmende Unglücksfall dennoch erspart geblieben. Denn das Wahlergebnis lässt es zu, dass drei Parteien, die mit voller Überzeugung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, zur Westbindung und damit zu der in fast drei Generationen gewachsenen Identität unseres Staates stehen, eine Regierungsmehrheit bilden, während zugleich eine vierte, die SPD, die Führungsrolle in der Opposition übernimmt. Wir haben also trotz dem Erstarken der politischen Ränder die Chance, noch einmal in der klassischen Rollenverteilung der zweiten Republik tätig zu werden und den Bürgern unseres Landes die Stärke des Systems vor Augen zu führen.

Mit dem Grundsatz „Erst das Land, dann in die Partei“ in die Opposition

Das Beispiel Österreichs zeigt, dass eine Serie Großer Koalitionen die Deutschnationalen langfristig mehrheitsfähig machen kann. In diese Falle darf die Bundesrepublik nicht laufen. Bei den nächsten Wahlen muss es für die Menschen diesseits von Nationalismus und Populismus eine Alternative zur bestehenden Regierungsmehrheit geben – eine echte Alternative für Deutschland und Europa. Diese Alternative können FDP und Grüne nicht sein, weil sie beide nicht stark genug sind, die Opposition zu führen. Das ist der Grund, warum die SPD der Versuchung, ihre Wahlkampforderungen in der Regierungsarbeit umzusetzen, nicht nachgeben darf. Alle Beteiligten, auch CSU, FDP und Grüne, müssen in dieser Lage ihren Anteil an der gemeinsamen staatspolitischen Verantwortung schultern. Die Sozialdemokratie führt der patriotische Grundsatz: „Erst das Land, dann die Partei“, im Herbst 2017 geradewegs und erhobenen Hauptes in die Opposition. □

Fritz Felgentreu ist seit 2013 direkt gewählter Neuköllner Bundestagsabgeordneter.

Jünger, bürgernäher, unbürokratischer

Sylvia-Yvonne Kaufmann: Kommission setzt auf mehr Bürgerbeteiligung in Europa



Im Juni 2014 bereitete das Bündnis TTIPunfairhandelbar den Start einer Europäischen Bürgerinitiative (EBI) gegen die geplanten Handelsabkommen TTIP und CETA vor.

Foto: FKPH / Campact

Die Europäische Kommission will die Europäische Bürgerinitiative (EBI) jünger, bürgernäher und unbürokratischer machen. Endlich, kann man da nur sagen, denn in der Vergangenheit haben nur wenige Bürgerinitiativen ihr Ziel erreicht.

Seit 2012 ist das erste Instrument transnationaler Demokratie, die Europäische Bürgerinitiative, in Kraft. Die europäischen Bürger und Bürgerinnen können so direkten Einfluss auf die Politik der Europäischen Union nehmen, denn mit einer erfolgreichen Bürgerinitiative kann die Kommission aufgefordert werden, Gesetzesvorschläge zu einem bestimmten Thema vorzulegen. Hierfür sind mindestens 1.000.000 Millionen Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern aus mindestens sieben Ländern notwendig. Gelungen ist dies in den vergangenen Jahren nur wenigen Initiativen. Bisher wurden 65 Initiativen eingereicht, 19 waren unzulässig, von den Zugelassenen haben nur vier das notwendige Quorum erreicht.

MINDESTALTER FÜR BETEILIGUNG WIRD AUF 16 JAHRE GESENKT

Die Rufe nach einer Reform wurden daher in den letzten Jahren immer lauter. Nicht nur aus der Zivilgesellschaft, auch wir im Europäischen Parlament haben dies gefordert und bereits 2015 konkrete Vorschläge für eine Generalüberholung der EBI verabschiedet. Nun hat die Kommission reagiert und einen Vorschlag für eine Reform der Verordnung vorgelegt. Dabei hat sie eine

der wichtigsten sozialdemokratischen Forderungen aufgegriffen und das Mindestalter für die Beteiligung an Europäischen Bürgerinitiativen auf 16 Jahre gesenkt.

Je früher sich junge Menschen in Europa aktiv an der Gestaltung des europäischen Projekts beteiligen können, desto selbstverständlicher werden sie dies auch im Erwachsenenalter tun. Die Absenkung auf 16 Jahre ist daher das richtige Mittel, um junge Menschen für ein demokratisches Europa zu begeistern. Von der Absenkung des Wahlalters würden unmittelbar etwa 10 Millionen junge Europäerinnen und Europäer profitieren.

UNTERSTÜTZUNG UNABHÄNGIG VOM WOHNSTZ MÖGLICH

Der Vorschlag der Kommission enthält weitere wichtige Maßnahmen, um die Hürden der Registrierung für die Organisatoren einer EBI, die aus mindestens sieben Mitgliedstaaten kommen müssen, zu senken. So sollen künftig auch Teile einer Europäischen Bürgerinitiative zugelassen werden können, falls eine EBI nicht im vollen Umfang den Regularien der Kommission entspricht.

Außerdem sollen Organisatoren auch selbst entscheiden können, wann die zwölfmonatige Frist zur Sammlung der Unterschriften genau beginnt, damit sie sich logistisch besser darauf vorbereiten können. Die Initiatoren einer erfolgreichen EBI sollen des Weiteren die Möglichkeit erhalten, diese in einer öffentlichen Anhörung,

organisiert von EU-Kommission und Europäischem Parlament, vorzustellen. So könnten sie ihr Anliegen einer breiten Öffentlichkeit bekannt machen.

Weitere Erleichterungen für Organisatoren und Unterzeichner wurden ins Auge gefasst: Die Kommission erklärt sich bereit, zukünftig alle EBI in alle 24 EU-Amtssprachen zu übersetzen, wodurch sicher mehr Menschen erreicht würden. Weiterhin soll es allen EU-Bürgern ermöglicht werden, unabhängig von ihrem Wohnsitz, eine Initiative zu unterstützen. Mittlerweile leben Millionen von Europäerinnen und Europäern nicht mehr im Land ihrer Herkunft. Auch diese könnten sich nun an einer Initiative beteiligen.

EU HAT VERSTANDEN, DASS MENSCHEN MITREDEN WOLLEN

Die Kommission hat mit ihrem Vorschlag mehr partizipative Demokratie gewagt, sie hat offensichtlich verstanden, dass die Menschen mitreden wollen. Europa braucht diese Bürgerbeteiligung. Deshalb werden wir im Europäischen Parlament den Reformvorschlag zügig prüfen, um die Bürgerinitiative zu verbessern. □



Sylvia-Yvonne Kaufmann ist Berliner Europaabgeordnete und Landesvorsitzende der Europa-Union

Eine streitbare Sozialistin

Ein Nachruf auf Helga Grebing von Siegfried Heimann

Am 25. September 2017 ist Helga Grebing gestorben. In den Nachrufen wird immer wieder – und zu Recht – ihre Bedeutung als Wissenschaftlerin und als einflussreiche Sozialdemokratin gewürdigt. Sie war seit Februar 1972 „ordentliche Professorin für die Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts“ in Göttingen – die „erste Ordinaria der Philosophischen Fakultät“ überhaupt. Von 1988 bis zu ihrer Emeritierung im Jahre 1995 leitete sie als Direktorin das „Institut zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung“ in Bochum. Die Zahl ihrer Bücher, Aufsätze und Rezensionen sprengt jede Literaturliste. Sie war und ist die wichtigste Historikerin der Geschichte der deutschen und europäischen Arbeiterbewegung. Als Mitglied der Grundwertekommission und der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD stritt sie dafür, dass die Partei ihre Geschichte nicht vergesse.

Weniger bekannt und weniger gewürdigt ist die Tatsache, dass Helga Grebing zeit ihres Lebens mit ihrer Arbeit auch ihre eigene Biographie zum Thema machte.

Die in Berlin-Pankow geborene Helga Grebing ist erst fünf Jahre alt, als sie ihren Vater, den Maurer Franz Grebing, durch einen Verkehrsunfall verliert. Die Mutter hat es nicht leicht, die stets wissbegierige, aber auch widerborstige Tochter in Zeuthen-Miersdorf bei Berlin aufzuziehen. „Die Schule war ihr Leben“, schrieb sie später in ihren Erinnerungen. Sie „wuchs langsam, blieb klein und schwächlich, das Mundwerk allerdings wuchs schneller“.

Mit zehn Jahren wurde sie Mitglied des BDM, der nazistischen Mädchenorganisation. Sie war fasziniert von der abwechslungsreichen Freizeitbeschäftigung, aber auch von der – wie sie beschämt gesteht – „(Affen-) Liebe zum Führer“. Die Distanzierung von der Nazi-Diktatur begann schon Monate vor dem Kriegsende, aber die Suche einem neuen Leitbild sollte lange dauern. Sie wusste schon als junges Mädchen, dass sie lernen und studieren wollte. Der erfolgreiche Abschluss der „Vorstudienanstalt“ der Berliner Universität bescheinigte ihr die Hochschulreife und sie begann zum Wintersemester 1947/48 als 17-Jährige ihr Studium der Geschichte und Germanistik an der Berliner Universität (später Humboldt-Universität).

Am 22. Januar 1948 tritt sie in Berlin-Pankow in die SPD ein. Der Partei blieb sie – trotz mancher Zweifel – ihr Leben lang treu.



Helga Grebing starb im Alter von 87 Jahren.

Foto: Bundeskanzler Willy-Brandt-Stiftung

Bereits 1949 wechselte sie an die gerade gegründete Freie Universität und mit 22 Jahren hatte sie bereits ihre Dissertation über das Thema „Zentrum und katholische Arbeiterbewegung 1918-1933“ geschrieben. Im Dezember 1952 wurde sie zum Dr.phil promoviert. In einem der Gutachten hieß es, dass die „Verfasserin von ihrem unumwunden eingestandenem sozialistischen Standpunkt aus mit ungewöhnlichem Verständnis und ungewöhnlicher Toleranz an die Betrachtung der Dinge herangegangen ist ...“.

IDEE DES DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS BLEIBT HOCHAKTUELL

Programmatik und Politik der SPD beschäftigten sie als Wissenschaftlerin und als Parteimitglied. Sie sah mit Wohlgefallen – bis zuletzt übrigens –, dass die SPD immer wieder von einer neuen Aufbruchsstimmung erfasst wurde. Sie wusste aber aus der Kenntnis der leidvollen Geschichte der SPD, dass eine Stimmung nicht reicht. Ideen waren und sind gefragt und Helga Grebing war überzeugt, dass die Idee der sozialen Gerechtigkeit in den Mittelpunkt sozialdemokratischer Programmatik und politischer Praxis gehört. Dafür musste freilich das Rad nicht ständig neu erfunden werden. Ihre „Geschichte der sozialen Ideen“ belegte sehr beeindruckend, wie stolz die Sozialdemokratie auch in dieser Hinsicht auf ihre lange Geschichte sein kann.

Ihr Fazit war, dass die Idee des demokratischen Sozialismus „als alternatives Prinzip zum Kapitalismus und zugleich als regulative Idee des emanzipatorischen Fortschritts“ weiterhin aktuell bleibt.

Seit Ende der fünfziger Jahre war Helga Grebings „Denken und Handeln“ bestimmt von der engen Freundschaft zu Fritz Sternberg (1895- 1963) und seiner Frau Lucinde Sternberg-Worringer. Der „marxistisch inspirierte“ freiheitliche Sozialist Sternberg lehrte sie, ihre Idee vom Sozialismus rational und gegenwartsbezogen zu begründen. Den Ideen Fritz Sternbergs galt daher auch ihr letztes großes Buchprojekt. Es war dem „Wissenschaftler, Vordenker, Sozialisten“ Sternberg gewidmet, dessen „Streiten für eine Welt jenseits des Kapitalismus“ – so der Titel des vor wenigen Wochen erschienenen Buches – für Grebing hochaktuell war.

BUCHVORSTELLUNG AM 30. NOVEMBER

Sie konnte noch kurz vor ihrem Tode das erste Vorexemplar in den müde gewordenen Händen halten und kommentierte das mit der ihr eigenen Ironie: „Ein gewichtiges Buch“. Das Buch soll am 30. November vorgestellt werden. Es wäre schön, wenn die Buchvorstellung im Willy-Brandt-Haus zu einer Erinnerungsfeier für eine große streitbare Sozialistin, für Helga Grebing, wird.

Siegfried Heimann ist Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand.

„Wandel durch Anbiederung“

Vor 30 Jahren wurde das SPD/SED-Papier veröffentlicht

Karlen Vesper erinnert sich noch gut an diesen 28. August 1987, einen Freitag in den Sommerferien. Vesper ist seit 1982 Redakteurin beim „Neuen Deutschland“, dem damaligen Organ des Zentralkomitees der SED. Die Zeitung war hinter der „jungen Welt“ mit 1,1 Millionen Exemplaren die zweitgrößte Tageszeitung der DDR und an diesem Sommertag um 9 Uhr morgens bereits ausverkauft. Der Grund war ein Papier auf der Titelseite mit dem sperrigen Namen „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“. Im Laufe der Geschichte entstanden mehrere Umschreibungen für das, was es an diesem August-Tag auf den Titel des ND schaffte: Husarenstreich, Neben-Außenpolitik, Wandel durch Anbiederung, politisches Hasardspiel.

Gemeint ist das SPD/SED-Papier. Erhard Eppler, Chef der SPD-Grundwertekommission, und Otto Reinhold von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED handelten das Dokument aus. Bereits 1983 hatten sie damit begonnen, regelmäßig traf man sich zum Beispiel am Müggelsee, wo man die Gespräche mit einem gemeinsamen Kegelausgang ausklingen ließ.

Das umstrittene Papier schilderte die weltpolitische Lage wie die Gefahren für Frieden und Sicherheit. Der Wettbewerb zwischen den Systemen müsse friedlich gestaltet werden, hieß es. SPD und SED beriefen sich bei der gemeinsamen Organisation des Friedens – von Freiheit war nicht die Rede – auf das „humanistische Erbe Europas“. Politische Unterschiede beider Parteien wurden dabei durchaus offen benannt. Gemeinsam konstatierte man: „Beide Seiten müssen sich auf einen langen Zeitraum einrichten, währenddessen sie nebeneinander bestehen und miteinander auskommen müssen.“

KATALYSATOR FÜR DEN FRIEDLICHEN UMBRUCH

Die SED ließ sich in Bezug auf Menschenrechte auf Formulierungen ein, auf die sich Bürgerrechtler fortan berufen konnten. Es waren genau diese Formulierungen, die den DDR-Sozialwissenschaftler und Zeitzeugen Rolf Reißig zu der Aussage brachten, das Papier sei ein „Katalysator für den friedlichen Umbruch“ gewesen.

Seine Aussage stützt der ehemalige DDR-Bürgerrechtler Markus Meckel, der von einer hohen innenpolitischen Sprengkraft des Papiers in der DDR spricht, da es das „Wahrheits-



August 1987: Erhard Eppler (SPD/rechts) und Prof. Dr. Otto Reinhold, Direktor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften des ZK der SED

Foto: FES/Archiv Jupp Darchinger

monopol der SED“ einfach vom Tisch fegte.

Zum 30. Jahrestag des SPD/SED-Papiers veranstaltete die Friedrich-Ebert-Stiftung mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Mitte Oktober eine gemeinsame Diskussionsveranstaltung. Zu Gast war neben der ND-Redakteurin Karlen Vesper der renommierte Zeithistoriker und Honecker-Biograf Martin Sabrow.

HANDELTE HONECKER IM ALLEINGANG?

Sabrow stellte eine neue Theorie auf, was die Entstehungsgeschichte des Papiers betrifft. Anders als Zeitzeuge Reißig, der die Meinung vertritt, das Politbüro habe die Wirkung des Papiers schlichtweg unterschätzt, geht Sabrow von einer gezielten Strategie Honeckers gegen das Politbüro und einem Alleingang aus. Mit dem jungen Egon Krenz und etlichen Weiteren saßen moskauhörige Genossen im Politbüro, die eine Annäherung der DDR und BRD argwöhnisch beäugten. Honecker wusste, dass er nur in der Sommerpause die Chance hatte, das Papier ohne großen Widerstand durchzukriegen.

Dabei versprach er sich laut Sabrow einen wirtschaftlichen Nutzen für die DDR durch die Steigerung von Deviseneinnah-

men. Noch stärker wog jedoch der Gedanke, der DDR international mehr Ansehen zu verleihen durch die gemeinsame Sorge um den Weltfrieden. Was Honecker jedoch dabei übersah, war die innenpolitisch destabilisierende Wirkung des Papiers auf das SED-Regime.

Auch die SPD ging mit den Gesprächen mit dem politischen Konkurrenten ein hohes Risiko ein. Sie musste sich nicht nur von der regierenden konservativ-liberalen Koalition den Vorwurf einer gefährlichen Neben-Außenpolitik gefallen lassen. Es brachte ihr auch den erneuten Ruf des vaterlandslosen Gesellen ein, der aus einer Romantik der Wiederverbrüderung einen Pakt mit dem Feind schloss. Rückwirkend betrachtet, ist die Zusammenarbeit mit der SED einer der Gründe für die SPD-Wahlniederlage 1990.

Bleibt die Frage, ob das SPD/SED-Papier nicht ein Ansporn sein kann für eine künftige rot-rote Opposition im Bundestag, sich inhaltlich und machtstrategisch auszutauschen. Professor Sabrow bleibt skeptisch. Man könne die Weltordnung und die Parteien von damals nicht mit heute vergleichen. Es braucht also etwas Neues und Politiker, die sich auf ein Wagnis einlassen.

C. Bauermeister □

Repräsentative Kurzporträts

Werk „Sozialdemokratische Regierungschefs in Deutschland und Österreich“ erschienen

Die Paul-Löbe-Stiftung Weimarer Demokratie, von den beiden Herausgebern des besprochenen Buches, Peter Brandt und Detlef Lehnert geleitet, veranstaltet regelmäßig historische und politikwissenschaftliche Fachtagungen zu Fragen der jüngeren Demokratieggeschichte.

Dazu gehörte auch die am 20./21. November 2015 abgehaltene Veranstaltung „Sozialdemokratische Regierungschefs von Ebert bis Kreisky. Deutschland und Österreich im Vergleich 1918–1983.“

Die hier gehaltenen Vorträge und Diskussionen fanden nun Eingang in den von Brandt/Lehnert herausgegebenen Band „Sozialdemokratische Regierungschefs in Deutschland und Österreich 1918–1983“.

Darin vereint finden sich Fallstudien über Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann, Gustav Bauer, Otto Braun und Herrmann Müller aus der Zeit der Weimarer Republik in Deutschland, ferner über Karl Renner und Bruno Kreisky aus der ersten und der zweiten Republik in Österreich, Renner in beiden Perioden, außerdem über Willy Brandt und Helmut Schmidt als Bundeskanzler der „Bonner Republik“.

Mit Kreiskys Ausscheiden als Bundeskanzler in Wien endet die betrachtete Periode. Lehnert betont zur Begründung: „Seither fehlt, abgesehen von wohl immer noch zu geringer Distanz für ein profundes zeithistorisches Urteil, die sinnvoll proportionierte Vergleichbarkeit.“

SEIT 1983 IN ÖSTERREICH SECHS SPÖ-REGIERUNGSCHEFS

Während es seit 1982 in der Bundesrepublik außer Gerhard Schröder (1998–2005) nur Kanzler aus der CDU gab, amtierten seit 1983 in Wien sechs sozialdemokratische Regierungschefs, nur unterbrochen von sieben Jahren ÖVP/FPÖ (2000–2007). Dennoch befindet sich das Parteiensystem in beiden Republiken aktuell in einer Umbruchphase mit einem Erstarken der populistischen Ränder.

Die verfassungsrechtliche Ausgangslage 1918/19 war in den ersten Republiken beider Staaten eine voneinander abweichende. Während die Weimarer Verfassung einen starken Reichspräsidenten und einen geschwächten, weil sowohl vom Staatsoberhaupt als auch vom Parlament abhängigen Kanzler hatte, setzte Wien auf ein repräsentatives Oberhaupt und einen starken Kanzler. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung vom NS-Regime wurden die verfassungsrechtlichen



Peter Brandt / Detlef Lehnert (Hg.): Sozialdemokratische Regierungschefs in Deutschland und Österreich 1918–1983, 304 Seiten, 24,90 Euro, ISBN 978-3-8012-0495-2

Foto: Dietz-Verlag

Optionen zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland quasi getauscht: Während der deutsche Bundespräsident als repräsentatives Staatsoberhaupt wirkt, wählen die Österreicherinnen und Österreicher ihren Bundespräsidenten direkt mit stärkeren, aber nie wirklich wahrgenommenen Kompetenzen. Die Wahl des FPÖ-Populisten Norbert Hofer hätte diese Selbstbeschränkung sicher schnell gefährdet.

Nach Lehnerts grundsätzlichen Ausführungen skizziert Bernd Braun (Friedrich-Ebert-Gedenkstätte Heidelberg) die drei Reichskanzler der Weimarer Republik in ihrer Amtsausübung und ihrem Amtsverständnis. Friedrich Ebert klammert er als Reichskanzler des revolutionären Übergangs und als „Volksbeauftragter“ aus. Philipp Scheidemann ist für ihn der politisch bekannteste und markanteste, Gustav Bauer der am meisten unterschätzte und Herrmann Müller der profilierteste SPD-Politiker im Reichskanzleramt. Alle drei aber wie auch Friedrich Ebert gehören einer gemeinsamen Generation der SPD, der „Generation Ebert“ an, die auf die „Generation Bebel“ folgte und auf Reformen statt auf revolutionäre Veränderungen hinwirkte.

Jeder von ihnen, einschließlich Ebert, entstammte einfachen Verhältnissen, eignete sich autodidaktisch eine hohe Bildung an und erwarb sich Meriten im Organisationswesen von SPD oder Gewerkschaft. Nur Bruno Kreisky und Helmut Schmidt wurden nicht in die Arbeiterschaft hineingeboren. Und als einziger sozialdemokratischer Regierungschef war es eben der Österreicher Bruno Kreisky, der die dem Kanzler zugeschriebene Richtlinienkompetenz qua absoluter Mehrheit der SPÖ auszuschöpfen in der Lage war.

WIDERSPRUCH ZWISCHEN PARTEIINTERESSE UND STAATSRATION

Walter Mühlhausen (Darmstadt) beschäftigt sich mit Friedrich Ebert, der zwar nur kurz als Reichskanzler amtierte (9. bis 10. November 1918), aber als primus inter pares im „Rat der Volksbeauftragten“ die zentrale Rolle innehatte. Ebert habe das für Sozialdemokraten noch unbekannte Terrain des Widerspruchs zwischen Parteiinteresse und Staatsräson als erster betreten und auszutarieren gehabt. Dies sei ihm bei allen innen- und außenpolitischen Zerreißen zwischen 1918 und seinem Tod 1925 im Ganzen ein Herzensanliegen gewesen: „Ebert gelang im Gegensatz zu den meisten Entscheidungsträgern Weimars der Wandel vom Milieupolitiker zum Staatsmann.“ (S. 76). Dafür habe ihn die seit 1922 wieder vereinigte SPD nicht immer rundweg geliebt. Wie bei Friedrich Ebert liefern die Autoren, u.a. Richard Saage (Karl Renner), Siegfried Heimann (Otto Braun) oder Hartmut Soell (Helmut Schmidt) repräsentative Kurzporträts der bereits genannten Regierungschefs aus den sozialdemokratischen Parteien Deutschlands und Österreichs ab, die deren jeweiliges Grundverständnis transparent machen und auch persönliche Eigenheiten nicht aussparen. Es geht dabei nicht um politische Generalkritik, etwa am Verhalten während des Ersten Weltkrieges und zur „Burgfriedenspolitik“.

Dieses Buch ist ein politisch-biographisches Handbuch zur Regierungsgeschichte der Sozialdemokratie, das gut lesbar daherkommt. Zu wünschen wäre ein Nachfolgeband etwa zu bedeutenden sozialdemokratischen Ministerpräsidenten wie Kurt Eisner, Wilhelm Hoegner, Heinz Kühn, Johannes Rau, Georg-August Zinn oder Holger Börner.

Aus Datenschutzgründen
nicht in der Internetversion
enthalten.

TERMINE

BÜRGERSPRECHSTUNDEN

30. Oktober, 16.30 bis 18 Uhr: Bürger-sprechstunde der Reinickendorfer Abgeordneten Bettina König, Adresse: Bürgerbüro Amendestr. 104, 13409 Berlin.

30. Oktober, 15 bis 17 Uhr: Bürgersprechstunde der Spandauer Abgeordneten Bettina Domer, Adresse: Bürgerbüro Streitstr. 60, 13587 Berlin.

1. November 18 bis 19 Uhr: Sozialrechts-Sprechstunde der Pankower Abgeordneten Clara West, Adresse: Naugarder Str. 43, 10409 Berlin.

7. November, 12.30 bis 14 Uhr: Telefonische Bürgersprechstunde der Weddinger Abgeordneten Bruni Wildenhein-Lauterbach, Tel: 030/2325-2297.

9. November, 18 bis 19 Uhr: Bürgersprechstunde des Charlottenburger Abgeordneten Frank Jahnke, Adresse: Goethestraße 15, 10625 Berlin.

9. November, 15.30 bis 16.30 Uhr: Bürgersprechstunde des MdA aus Mitte Ralf Wieland, Adresse: Bürgerbüro Behmstraße 11, 13357 Berlin.

10. November, 14 bis 16 Uhr: Bürgersprechstunde der Lichtenrader Abgeordneten Melanie Kühnemann, Adresse: John-Locke-Str. 19, 12305 Berlin.

11. November, 11.30 bis 12.30 Uhr: Mobile Sprechstunde mit dem Pankower Abgeordneten Tino Schopf im Komponistenviertel, Ort: vor dem Edeka am Antonplatz.

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Nach der Wahl

Am 17. November von 9 bis 16.30 Uhr bietet die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) Anbieterinnen und Anbietern politischer Jugendbildung und Interessierten im Rahmen der Veranstaltung „Nach der Wahl ist vor der Wahl ...“ die Möglichkeit, sich zu vernetzen und auszutauschen.

Welche Formate wurden angeboten, was ist gut gelungen, wo gab es Fallstricke, wie steht es um die Nachhaltigkeit der Projekte und wie bewerten wir die Wahlergebnisse mit dem Blick auf die jungen WählerInnen? Wir möchten über eure Erfahrungen der letzten Monate sprechen, um gemeinsam neue Ideen, Projekte und Formate zu entwickeln. Anmeldung unter folgendem Link: https://www.fes.de/oas/portal/pls/portal/s_howvera.anmelden?Veranummer=215617

Ort: FES, Haus 1, Hiroshimastr. 17 Berlin

PM □

9. November, 19 bis 21 Uhr: Offene Sitzung des Landesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ). Hauptthema der Sitzung ist die Neuordnung des Wohnungswesens durch ein „Wohnraumwirtschaftsgesetz“. Wir wollen die in verschiedene Bundes- und Landesgesetze zersplitterte Rechtsmaterie (Liegenschafts- und Planungsrecht, Bau- und Wohnungsrecht, Wohnungsförderung und Mietrecht usw.) in einem historischen Kontext analysieren und rechtliche Ansatzpunkte diskutieren, die auf den verschiedenen Handlungsfeldern zu einer Lösung der dringenden Wohnungsprobleme beitragen könnten. Eingeladener Referent ist Sebastian Bartels vom Berliner Mieterverein Ort: Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin, Erika-Heß-Saal.

SPD BERLIN

Landesparteitag

Im Hotel Intercontinental kommt am 11. November ab 10 Uhr die Berliner SPD zu ihrem zweiten Landesparteitag im Jahr 2017 zusammen.

Auf der Tagesordnung stehen zahlreiche Anträge der Gliederungen sowie die Diskussion eines Impulspapiers zu sozialer und innerer Sicherheit. Gastrednerin ist die neue Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Andrea Nahles. Außerdem werden stellvertretend für die vielen Eintritte in diesem Jahr einige Neumitglieder willkommen heißen.

Ort: Intercontinental Berlin, Budapest Str. 2, 10787 Berlin.

BS □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin, Landesgeschäftsführerin Anett Seltz (V.i.S.d.P.)
Verlag: wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, 10405 Berlin

Redaktion:

Christina Bauermeister
Tel: 030-4692 150
Fax: 030-4692 240
E-Mail: berliner.stimme@spd.de
Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas,
Tel: 030-2130 870, E-Mail:
berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnement: 28 Euro pro Jahr
(bei Zustellung per E-Mail), 35 Euro
bei Zustellung per Post

Druck: KORRekt Mailingservice Berlin

1. November, 18.30 bis 20.30 Uhr: Sitzung des Fachausschusses Mobilität, Ort: Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin, Erika-Heß-Saal.

12. November, 11 bis 14.30 Uhr: Regionalkonferenz des SPD-Parteivorstandes für Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zur Wahlauswertung. Ort: Mercure Hotel Moa, Stephanstraße 4110559 Berlin.

AUGUST BEBEL INSTITUT

Revolution voraus

Bevor das August-Bebel-Institut 2018 an die Revolution von 1918 erinnert, gibt es einen Ausblick in unsere revolutionäre Zukunft.

Dazu hat das ABI das „Institut für Widerstand im Postfordismus“ (Institut für WiP) in die Galerie in der Müllerstraße 163 eingeladen. Die Experten sollen einen Beitrag zur Frage leisten, welche Revolution(en) werden wir erlebt haben werden.

Das Institut für WiP analysiert, propagiert und prognostiziert die kommenden 15 Jahre, die „zielsicher“ auf die Revolution(en) zusteuern. In der ABI-Galerie entsteht ein Experimentierfeld, das auf die performative Aktivierung lokaler Widerstandspotenziale setzt: In der mobilen Zeltstation können Sie eine Forschungsreise in die Zukunft der Revolution(en) unternehmen. Unter der Prämisse „Es gibt Zukünfte!“ fragt das Institut nach wünschbaren Widerständen, Anlässen, Utopien und konkreten Realisierungsansätzen.

Das Kunstkollektiv „Institut für Widerstand im Postfordismus“ ist ein interdisziplinärer Zusammenschluss von TheoretikerInnen, KünstlerInnen und AktivistInnen. In seinen performativen Projekten und Interventionen entwickelt es alternative und zukünftige Geschichtsschreibungen. Konstruktion und Dekonstruktion von Fakten, Fiktionen und Geschichten sind dabei zentrale Mittel.

Unter dem Motto „Wir müssen Gegengeschichte schreiben“ (Harald Welzer) wird zur kollektiven Forschung eingeladen. Die Intervention war bereits in verschiedenen Städten zu sehen, u.a. beim SPIELART FESTIVAL 2015, und wird ab der Spielzeit 2017/18 am Theater Vorpommern die Geschichte einer kommenden Revolution erzählen. **Ausstellung: 14. November bis 1. Dezember, Öffnungszeiten: Mo bis Do 14 bis 18 Uhr, Fr 16 bis 20 Uhr, Performance: Di 14.11., 21.11. und 28.11., jeweils 14 bis 18 Uhr, Fr 17.11. und 24.11., jeweils 16 bis 20 Uhr.**

Anmeldung bitte an anmeldung@august-bebel-institut.de

Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an **wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, 10405 Berlin**

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen an **wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, 10405 Berlin** oder per Mail an berliner.stimme@wegewerk.de

Vom Beton der Stasi verschont

Berliner Unterwelten e.V. baut Besuchertunnel zu einem Fluchttunnel an der Bernauer Straße



Die Heilige Barbara als Schutzpatronin für die Tunnelarbeiten: der Vorstandsvorsitzende der Berliner Unterwelten Dietmar Arnold.



Damalige Fluchthelfer Ulrich Pfeifer und Hasso Herschel (r.)

Fotos: C. Bauermeister

Am Ende fehlten nur wenige Meter bis die Tunnelgräber 1971 die Brunnenstraße nach mehr als 100 Metern Tunnelänge und mehr als 9 Monaten Grabungszeit den Ostteil Berlins erreicht hätten. Nur wenige Meter trennten die Fluchthelfer von den Menschen, denen sie ein Leben in Freiheit ermöglichen wollten.

Doch anders als frühere Tunnel konnten die Westberliner Hasso Herschel und Ulrich Pfeifer diesen nicht fertigstellen. Die Stasi kam ihnen kurz vor dem Ziel auf die Schliche. Was beide nicht wussten: Bereits im Mai 1970 hatte die Stasi entlang der Bernauer Straße ein Tunnelortungssystem installiert, mit Mikrofonen zur Geräuschortung. Und so war es nur eine Frage der Zeit, bis die Stasi mithilfe von Ultraschallgeräten herausbekam, wo sie graben musste.

Im Februar 1971 wurde die Stelle im Todesstreifen vom VEB Spezialtiefbau auf-

gegraben und der Tunnel größtenteils mit Beton verfüllt. Von der anderen Seite der Mauer konnten Hasso Herschel und Ulrich Pfeifer von einem Podest an der Bernauer Straße nur hilflos zuschauen.

Doch da der Tunnel horizontal in Richtung Brunnenstraße verlief, wurde das östliche Ende vom Beton der Stasi verschont.

360 FERTIGBETON-SEGMENTE

Genau dieses Ende ist es, was der Verein Berliner Unterwelten nun durch einen neu entstehenden Besuchertunnel kreuzen will. Für den Vorstandsvorsitzenden des Berliner Unterwelten e.V., Dietmar Arnold, ist der Bau des 30 Meter langen Besuchertunnels das „aktuell wichtigste Vereinsprojekt“. Erstmals werde damit ein noch erhaltener Fluchttunnel für die Allgemeinheit sichtbar gemacht. Seinen Ausgangspunkt wird der Tunnel im Keller der früheren Oswald-Ber-

liner-Brauerei an der Brunnenstraße 143 haben. Dort lagern bereits einige Dutzend der insgesamt 360 Fertigbeton-Segmente, die die Vereins-Ehrenamtlichen mit fachmännischer Hilfe in den kommenden Monaten verbauen werden. Gegraben wird dabei so wie im Jahr 1971: manuell. High-Tech-Geräte, die die unterirdischen Arbeiten erleichtern oder beschleunigen würden, kommen nicht zum Einsatz.

Mit einem dreiviertel Jahr Bauzeit rechnet Dietmar Arnold ungefähr. Im Sommer 2018 soll der Tunnel fertiggestellt sein. Die Baukosten belaufen sich auf rund 200.000 Euro.

Die Bernauer Straße an der Grenze zwischen den Ortsteilen Gesundbrunnen und Mitte war ein Brennpunkt für Tunnelfluchten von Ost- nach West-Berlin. Auf einer Streckenlänge von nur 350 Metern wurden die Grenzsperranlagen dort sieben Mal untertunnelt. **C. Bauermeister** □